

28. August 2014

BASEL

## Metrobasel stellt Zuwanderer-Begrenzung zur Diskussion

**Metrobasel stellt Zuwanderungsbegrenzung zur Diskussion.**



Yves Rossier Foto: Mahro

BASEL. Der Platz der Vertretung aus dem EU-Parlament blieb frei. Bei der Podiumsdiskussion über das Umsetzen der im Februar vom Volk knapp gutgeheißene "Initiative gegen Masseneinwanderung", zu der Metrobasel gemeinsam mit dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft Economiesuisse und dem Basler Arbeitgeberverband geladen hatten, ließ sich das als klares Zeichen lesen. Der Schweiz stehe es demnach frei, die bilateralen Verträge einseitig zu kündigen. Deren Grundpfeiler, die Personenfreizügigkeit, stehe indes in Brüssel nicht zur Disposition.

"In der EU hat man nichts gegen uns", versicherte der Schweizer Chefunterhändler bei der EU, Yves Rossier, in seinem Eingangsreferat auf dem Metrobasel-Podium, "aber man betrachtet das Abstimmungsergebnis als ein Problem, das in der Schweiz verursacht wurde und entsprechend auch in der Schweiz gelöst werden muss." Es sei dabei vollkommen unerheblich, ob die Nachbarn Verständnis aufbrächten für die

von den Befürwortern der Initiative angeführte Zuwanderungsproblematik in der Schweiz oder nicht. Lasse man nämlich in diesem einen Fall und zumal beim Nicht-EU-Land Schweiz Ausnahmen bei der Personenfreizügigkeit zu, auf die Europa seit 1945 gewartet habe, so stellten vorhersehbar auch andere gleiche Forderungen.

Lanciert hatte die Masseneinwanderungsinitiative die Schweizerische Volkspartei SVP, deren Vizepräsident und Aargauer Nationalrat Luzi Stamm auf dem Metrobasel-Podium jetzt den Ball bei der Politik sah, dem Wunsch der Bevölkerung gerecht zu werden. Selbstverständlich habe niemand etwas dagegen, wenn die Wirtschaft weiterhin die Hochqualifizierten ins Land hole, die sie brauche, die Bauern Erntehelfer und das Gesundheitswesen medizinisches Personal. Vorstellbar seien auch je nach Kanton unterschiedliche Anwendungen des neuen Verfassungsartikels: "Ich würde zum Beispiel Grenzgänger im Kanton Basel freigeben, in Genf mit seiner Verzehnfachung des Rotlichtmilieus hingegen nicht."

Eine weniger strikte Umsetzung des neuen Verfassungsartikels wünscht sich auch die Direktorin des Arbeitgeberverbands Basel, Barbara Gutzwiller, die Grenzgänger gerne ganz von den Beschränkungen ausgenommen sähe. Auswirkungen des Entscheids seien heute schon spürbar, indem sich weniger Unternehmen neu ansiedelten. Eindringlich appellierte auch der Direktor des Basler Universitätsspitals, Werner Kübler, gangbare Wege zu finden. In der Forschung sei es eine Katastrophe, nicht mehr an EU-Programmen partizipieren zu können: "Wir werden da schlicht abgehängt." Ähnlich sieht es auch in der Industrie aus. Wer sich nicht sicher sei, ob er seine Karriere im Land fortsetzen könne, der orientiere sich lieber gleich anders, so Rudolf Minsch, Chefökonom der Economiesuisse, der warnte: "Wenn man die Kontingentierung einführt, wen schreckt man ab? Die, die Alternativen haben."

### Den Volkswillen ohne Hintertüren umsetzen

Alle angesprochenen Probleme sind natürlich auch Yves Rossier bewusst. Man habe bereits einen ersten Brief an die EU geschickt und zur Antwort bekommen, dass dort keine Bereitschaft bestehe, über Quoten oder Ähnliches zu diskutieren. Allerdings wundert sich der Mann aus Bern über das Ansinnen, den Wortlaut der Initiative weniger strikt umzusetzen. Natürlich gäbe es Möglichkeiten, den Inhalt qua Auslegung zu unterwandern. Allerdings habe die Schweizer Regierung den Volkswillen ohne Hintertüren umzusetzen und auch die vielzitierten Grenzgänger stünden wörtlich im Text und könnten nicht einfach gestrichen werden. Gleichwohl gelte es Lösungen zu finden, zumal mit Blick auf die EU. Noch gäbe es sie allerdings nicht, so Rossier.

Autor: Annette Mahro